



# Unverschlüsselte Auskunftsverlangen durch Polizeien und Geheimdienste des Bundes

**Parlamentarische Initiativen von Andrej Hunko, Jan Korte, Frank Tempel, Annette Groth, Inge Höger, Ulla Jelpke, Alexander S. Neu, Petra Sitte, Harald Petzold, Petra Pau, Halina Wawzyniak, Kersten Steinke, 18. November 2015**

## **18.11.15 - Kleine Anfrage - Drucksache Nr. 18/6723**

Polizeibehörden fragen Bestandsdaten im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung bei Providern mitunter per unverschlüsselter E-Mails ab, auch wenn die Anbieter eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung anbieten. In den E-Mails werden teils konkrete Tatvorwürfe oder Zahlungsdaten einer Person aufgeführt. Im Bundesdatenschutzgesetz heißt es hingegen, Strafverfolger müssten gewährleisten, dass ausgetauschte personenbezogene Daten „nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können“. DIE LINKE fragt nach den Kenntnissen der Bundesregierung hierzu.

### **Herunterladen als PDF**

Hierzu liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 18/06890 vor. **Antwort als PDF herunterladen**

## Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!